

# **NEUES LEBEN - NEUE GESELLSCHAFT?**

**WAHLEN ZUR NATIONALVERSAMMLUNG IN DER TÜRKEI  
AM 7. JUNI 2015**

**VON KADRIYE KARCI**

2015 ist ein wichtiges Jahr für die Türkei, mit den Wahlen zur Nationalversammlung am 7. Juni 2015 wird sie eine Demokratieprüfung zu bestehen haben. Nach den Kommunalwahlen im März 2014 und den Präsidentschaftswahlen im August 2014 ist dies die letzte Etappe in einem Wahlmarathon. Am 7. Juni wird klar werden, ob die Partei für die Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP, Adalet ve Kalkınma Partisi) ihren 10. Wahlsieg in Folge erreichen und ihre in immer weitere Bereiche reichende autoritäre Alleinherrschaft fortführen können wird – oder ob die demokratischen Kräfte ihr etwas entgegensetzen haben. Es ist also nicht nur eine Prüfung für die AKP, sondern auch für die Kräfte, die sich für Demokratie, Frieden, Gleichheit und für Gerechtigkeit in der Gesellschaft einsetzen und gegen Privatisierung, Korruption, die Ausplünderung des Landes, Seilschaften, gegen Ungerechtigkeiten und Diskriminierung. Es handelt sich also mitnichten um eine ganz gewöhnliche Wahl.

Am 7. Juni hat die AKP ein einziges Ziel: die verfassungsändernde Mehrheit zu erlangen, um ein Präsidialsystem einzuführen – der größte Wunsch des ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan. In diesem Sinne mischt sich er verstärkt in den Wahlkampf ein, obwohl er in seiner Eigenschaft als Staatspräsident parteipolitisch neutral sein müsste. Die bisherigen Prognosen zeigen, dass die AKP dieses Mal ihr Wahlziel nicht erreichen wird, etwas, an das sich die Partei zwölf Jahre lang gewöhnt hatte.

Bei den letzten Wahlen zur Nationalversammlung 2011 hatte die AKP beinahe 50 Prozent der Stimmen bekommen. Trotzdem reichte dieses hohe Ergebnis nicht für eine Mehrheit in der Nationalversammlung, die zur Verfassungsänderung gereicht hätte. 2011 hatte die Republikanische Volkspartei (CHP, Cumhuriyet Halk Partisi) 26 Prozent, die nationalistische Volkspartei (MHP, Milliyetçi Hareket Partisi) 13 Prozent erlangt. Die Partei für Frieden und Demokratie (BDP, Barış ve Demokrasi Partisi) trat mit unabhängigen KandidatInnen an und gewann 35 Sitze. Sie hatte befürchtet, die mit 10 Prozent sehr hohe Hürde zum Einzug in die Nationalversammlung nicht überspringen zu können und hatte auf direkt gewählte MandatsträgerInnen vor allem aus den kurdischen Provinzen gesetzt.

In der Türkei gibt es 89 Parteien. 31 Parteien erfüllen die Voraussetzungen für die Teilnahme an Wahlen. Nach der Überprüfung durch die Hohe Wahlkommission wurden allerdings nur 20 Parteien zugelassen. Neben den 53 Millionen Wahlberechtigten in der Türkei dürfen seit August 2014 auch die 3 Millionen türkischen StaatsbürgerInnen im Ausland ihre Stimme an ihrem jeweiligen Aufenthaltsort abgeben. Die Nationalversammlung besteht aus 550 Abgeordneten. Es wird eine hohe Wahlbeteiligung erwartet.

## **EINE EINMALIGE CHANCE**

Eine Besonderheit bei diesen Wahlen ist, dass die Demokratische Partei der Völker (HDP, Halkların Demokratik Partisi) nicht mit unabhängigen KandidatInnen antritt, sondern als Partei. Mit dem charismatischen Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş versucht die Partei, die 10-Prozent-Hürde zu überspringen, damit das Drei-Parteien-System (AKP-CHP-MHP) zu Ende geht. Wenn die HDP dieses Ziel erreicht, wird die AKP nicht mehr allein regieren können. Schon jetzt erfährt die HDP – Nachfolgepartei der BDP – eine große Sympathie. Mit dieser Entscheidung erhält der Kampf für mehr Demokratie eine neue Kraft. Sie bedeutet für die anderen Parteien – auch linke, sozialistische Parteien – eine Herausforderung. Sie müssen sich positionieren. Jeder politische Akteur soll sich nicht nur für die Abschaffung dieser hohen Wahlhürde und gegen die AKP, sondern auch für die Demokratisierung des Landes einsetzen.

Der Standpunkt der HDP und die Solidarität dafür werden von der polarisierenden Entgegensetzung der

AKP begleitet. Auf der anderen Seite liefern einige gesellschaftliche Kräfte, die sich linker und sozialistischer als die HDP definieren, eine beispiellose Konzeptlosigkeit bzw. kritische Positionen gegenüber HDP-Positionen. Diese Parteien und Bewegungen sagen, dass die HDP keine sozialistischen Forderungen stelle, dass sie eine regionale, teilweise auch nationalistische Partei sei, dass die HDP nicht Klasseninteressen vertrete, dass sie mit der AKP bzw. mit dem kapitalistischen System Kompromisse schließe. Es mag sein, dass die eine oder andere Kritik ihre Berechtigung hat. Die Frage ist, welche Konzepte diese vermeintlich linken Parteien und Bewegungen demgegenüber anzubieten haben? Sie erreichten bei früheren Wahlen noch nicht einmal 1 Prozent der Stimmen, obwohl sie behaupten, dass sie gegenüber der regionalen Partei HDP im Westen der Türkei linke WählerInnen erreichen möchten. Am Ende empfehlen sie WählerInnen, ohne eigene Konzepte, sich «unabhängig» zu verhalten. Dies bedeutet aber, dass linken Stimmen durchaus auch für die CHP bzw. MHP abgegeben werden können, weil es für diese Parteien und Bewegungen nur gegen die AKP, nicht aber um den Kampf gegen Neoliberalismus und für die Demokratisierung geht. Solche Haltungen fördern keine gemeinsame Herangehensweise, wenn es um den Kampf gegen Nationalismus und Konservatismus in der Türkei geht.

Die HDP gibt mit ihrer Wahlerklärung und ihrer KandidatInnenliste Beispiele für eine radikale, emanzipative und partizipative Demokratie. Sie fordert ein «Neues Leben» mit gleichberechtigten, freien BürgerInnen und Widerstand gegen kapitalistische Mächte und die Alleinherrschaft einer einzigen Partei, ein Leben ohne Armut, Arbeitslosigkeit und «Arbeitsunfälle», die aus fehlender Arbeitssicherheit resultieren, ohne Gewalt an Frauen, Ausgrenzung, ohne ethnische, religiöse, sexuelle Diskriminierung, ein Leben in Freiheit, Gleichheit mit Menschenwürde. Die HDP stellt mit ihrer geschlechterparitätischen Liste (jeweils 275 Frauen und Männer) eine Besonderheit dar, bei der CHP stehen 103 Frauen 447 Männern gegenüber, bei der AKP kandidieren 99 Frauen, bei der MHP sind es 50. Bei der HDP befinden sich darunter auch 50 armenische, 15 assyrische, 100 kurdische, 100 türkische, 5 tscherkessische, 150 alevitische sowie drei KandidatInnen mit Behinderung.

## **WAHLERKLÄRUNGEN**

In der Türkei werden keine Wahlprogramme beschlossen, die eine gesamtgesellschaftliche politische Perspektive darstellen. Stattdessen gibt es Wahlerklärungen, die Forderungen, Versprechungen oder die Lösungsvorschläge für die drängendsten Probleme beinhalten. Hier werden nur die drei Wahlerklärungen von AKP, CHP und HDP mit ausgewählten Themen behandelt. Wie deutlich werden wird, gibt es zwischen der AKP und der CHP keine großen Unterschiede, wenn es um die Umsetzung neoliberaler Politiken geht. Die HDP verspricht zwar auch keine grundlegenden Umwälzungen. Sie bietet aber teilweise sehr radikale partizipative Lösungen an. Die hier genannten Themen sind auch grundlegende Themen in der Türkei, mit denen sich die Gesellschaft beschäftigt.

## **KURDENFRAGE UND FRIEDENSVERHANDLUNGSPROZESS: «GLEICHBERECHTIGTE STAATBÜRGERSCHAFT»**

Die AKP behandelt dieses Thema nur indirekt. Das Problem soll mit Verhandlungen und politisch gelöst werden. Dazu stellt sie eine Bedingung: die Beendigung der Gewalt und Unterdrückung. Die gleichberechtigte Staatsbürgerschaft wird als unverzichtbare Grundvoraussetzung für die Legitimierung eines modernen politischen Lebens genannt. In der Erklärung wird betont, dass die Friedensverhandlungen keine zeitweilige taktische Politik seien, sondern nach den Wahlen mit besonderem Augenmerk fortgesetzt werden. Mit diesem Versprechen möchte die bisherige Regierungspartei die Stimmen der kurdischstämmigen Muslime erreichen. Dieses Versprechen klingt demokratisch, ist aber widersprüchlich, weil der Verhandlungsprozess seitens der AKP-Regierung nur sehr zögerlich fortgeführt und zudem immer dann instrumentalisiert wurde, wenn sie in Erklärungsnot geriet.

Die CHP verspricht, diese Frage über ein umfassendes demokratisches Staatsbürgerschaftverständnis zu lösen. Nach dieser Auffassung soll es in der Nationalversammlung einen Ausschuss geben und die Frage mit allen im Parlament vertretenden Parteien über einen nationalen Konsens gelöst werden. Trotz hartnäckigem Widerstand gegenüber den Friedensverhandlungen gibt die CHP also endlich zu, dass solche Verhandlungen Demokratie und Frieden bringen werden. Sie sollen transparent und im Rahmen des Rechts fortgeführt werden. Die CHP betont, auch als unterschwellige Kritik an der HDP, dass dieser Prozess keine Konzession für das Akzeptieren eines Präsidialsystems sein soll. In dieser Hinsicht schlägt die

CHP vor, dass die Arbeitslosenquote in den kurdischen Gebieten gesenkt, die Armutsbekämpfung verstärkt, wirtschaftliche Investitionen erhöht und dass die 10-Prozent-Hürde gesenkt werden sollen. Dazu bietet die CHP aber keine konkreten Projekte an.

Vor konkreten Lösungsvorschlägen analysiert die HDP in ihrer Wahlerklärung die Entstehungsgeschichte dieser Problematik. Demzufolge bildet die Ablehnung und Leugnung des kollektiven Daseins des kurdischen Volkes und dessen grundlegender demokratischer Rechte seit der Gründung der Türkischen Republik die politische Grundlage der sogenannten Kurdenfrage. Nach Einschätzung der HDP sind die Lösung der Kurdenfrage und die Demokratisierung der Türkei zwei Prozesse, die gleichzeitig stattfinden müssen. Die Lösung der Kurdenfrage wird in der Grenzen der Türkei stattfinden, meint die HDP. Ihre Forderung ist, dass der Wille der Völker, mit ihren eigenen kulturellen, ethnischen und religiösen Identitäten weiterhin zusammenzuleben, in der Verfassung verankert werden soll. Den Friedensverhandlungen und der Lösung der Kurdenfrage misst die HDP große Bedeutung zu. In ihrer Wahlerklärung wird dieses Thema detailliert dargestellt. Die HDP betont mit Nachdruck, dass eine Lösung ohne Waffen und nur über eine demokratische Politik zustande kommen soll. Eine Lösung bedeutet nach Ansicht der HDP nicht nur Friedenverhandlungen mit der Regierung. Schon jetzt sollte auch über die Festlegungen zu Kriegsschäden, Rückkehrmöglichkeiten der Menschen, die wegen des Krieges umsiedeln mussten, die wirtschaftliche Förderung der betreffenden Menschen für ein neues Leben, Verbesserungen der Lebensräume, die während des Krieges zerstört worden sind, Entminung von Landwirtschaftsflächen, Schaffung von Entschädigungen und Arbeitsmöglichkeiten gesprochen werden.

## **AUFARBEITUNG DER GESCHICHTE; VÖLKERMORDE AN ARMENIERINNEN, ALEVITINNEN UND ANDEREN**

Darüber macht die AKP keine eindeutige Aussage. In Zukunft möchte sie aber die nachbarschaftlichen Beziehungen mit Armenien verbessern, um eine Normalisierung zu erreichen.

Die CHP möchte insbesondere die alevitischen Stimmen nicht verlieren. Darum sagt sie, dass die Archive für HistorikerInnen frei zugänglich gemacht und gute nachbarschaftliche Beziehungen mit Armenien gepflegt werden sollen. Die CHP gibt aber keine Erklärung, wie die Partei mit den Ergebnissen der HistorikerInnen mit dem Völkermord in Dersim umgehen möchte – und weshalb diese Arbeit gefördert werden soll.

Mit der Betonung der radikalen Maßnahmen fordert die HDP, dass der türkische Staat sich für die Völkermorde und Gewalttaten entschuldigt. Er soll gegen rassistische, chauvinistische, nationalistische Haltungen freiheitliche, gleichberechtigte und demokratische Maßnahmen ergreifen. Das Embargo gegen Armenien soll aufgehoben werden. Die wirtschaftlichen, politischen, diplomatischen Beziehungen mit dem Nachbarland sollen gefördert werden. Die Grenze zwischen der Türkei und Armenien, die mit der einseitigen Entscheidung des türkischen Staates seit Jahren geschlossen ist, soll bedingungslos geöffnet werden.

## **FRAUENPOLITIK**

Obwohl gleichberechtigte und geschlechterdemokratische Aussagen von vielen PolitikerInnen ständig betont werden, werden Frauen immer noch unterdrückt, Gewalt an Frauen nimmt stetig zu. Im Grunde genommen ist die Frauenbewegung in der Türkei eine bemerkenswerte, geschichtsträchtige Bewegung. Trotzdem wird der gesellschaftliche Status von Frauen immer wieder verletzt und bleibt die Anerkennung der Frauen als selbstbestimmten Individuen in der Gesellschaft ein ständiges Kampffeld.

Umso deutlicher wird dabei die unterschiedliche Herangehensweise der Parteien: Die CHP möchte, dass in allen gesellschaftlichen Bereichen Regelungen getroffen werden, um die Gleichberechtigung von Frau und Mann zu erreichen. Die «Frauenpolitik» der AKP wird dadurch deutlich, dass es in ihrer Wahlerklärung fast ausschließlich um die Erhöhung der Geburtenrate geht. Für sie hat die Frau nur eine einzige Eigenschaft: Mutter zu sein. Die AKP sagt, dass sie weiterhin solche Maßnahmen ergreifen möchte, die Verhütung weniger attraktiv machen. Stolz behauptet die AKP, dass erwerbstätige Frauen mit ihrer Regierung günstige wirtschaftliche und rentenpolitische Maßnahmen erhalten haben und dass Kindergärten an private Investoren weitergegeben wurden.

Ein Frauenministerium zu schaffen, eine aktive Politik gegen Geschlechterdiskriminierung zu betreiben, mindestens die Hälfte der Sitze im Parlament mit Frauen zu besetzen, den 8. März zum offiziellen Frauentag zu erklären, wären einige Ziele der HDP in diesem Bereich.

## **RELIGION/LAIZISMUS**

Um die laizistische Haltung des Staates beizubehalten, möchte die CHP das Amt für religiöse Angelegenheiten reorganisieren, ohne es abzuschaffen. Damit soll es den gleichen Abstand zu unterschiedlichen Glaubensrichtungen und Weltanschauungen erhalten. Die CHP möchte sich dafür einsetzen, dass dieses Amt unter der Maßgabe des Laizismus außerhalb des Politischen bleibt. Wenn die CHP regiert, wird der obligatorische Religionsunterricht in ein Wahlfach umgewandelt und das Curriculum pluralistisch gestaltet.

Die AKP möchte, ungeachtet der Forderungen, dass dieses Amt und der obligatorische Religionsunterricht abgeschafft werden, die religiösen Orte von AlevitInnen anerkennen sowie Forschungs- und Praxiszentren an den Universitäten einrichten. Als wiedergewählte Regierungspartei möchte nach dem 7. Juni mit alevitischen Religionsgelehrten in Dialog treten. Warum das bisher nicht gelungen ist, wird nicht deutlich. Die vollkommene Abschaffung des Amtes und des Religionsunterrichts sind Ziele der HDP. Alle Religionen und Glaubensrichtungen sollen ihren religiösen Verpflichtungen ohne Einschränkung nachkommen können, dazu sollen die kommunalen Verwaltungen initiativ werden. Ebenso sollen Bekleidungsordnungen, wie das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst, abgeschafft werden.

## **NEUE VERFASSUNG**

Nach dem gescheiterten Versuch in 2013, die Verfassung des Militärregimes von 12. September 1980 zu ändern, sagen alle drei Parteien, dass die Türkei eine neue Verfassung braucht. Die AKP sagt dies jetzt mit noch mehr Nachdruck, weil sie dadurch das Präsidialsystem in der Verfassung festschreiben möchte. Sie betont auch, dass die demokratischen Rechte der BürgerInnen und die Unabhängigkeit der Justiz fest verankert werden sollen. Diese Aussage der AKP ist äußerst unglaubwürdig, weil gerade sie als alleinregierende Partei diese Rechte und Regelungen abgeschafft und kürzlich einen Maßnahmenkatalog für innere Sicherheit erlassen hat, in dem Freiheiten deutlich eingeschränkt wurden und die Polizei erweiterte Befugnisse erhalten hat.

Bei der gescheiterten Verfassungsinitiative in 2013 hatte die CHP die Rolle übernommen, eine neue Verfassung für eine pluralistische Gesellschaft zu verhindern. Jetzt meint dieselbe Partei, dass eine neue Verfassung notwendig sei, dass diese auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte ausgerichtet sein und die ganze Gesellschaft umfassen solle. Zum viel diskutierten Thema «Präsidialsystem» äußert sich die CHP nicht eindeutig.

Die HDP behandelt dieses Thema umfassend unter der Überschrift «demokratische Verfassung». Eine neue Verfassung soll auf die Fragen einer multiethnischen, multireligiösen, multikulturellen Gesellschaft Antworten geben, das heißt, eine neue Verfassung soll ein neuer Gesellschaftsvertrag sein. Die Verfassung soll gerecht, sozial, freiheitlich, ökologisch und demokratisch sein. Auf der Grundlage der gleichberechtigten Staatsbürgerschaft sollen Religionsfreiheit, Presse- und Meinungsfreiheit, alle grundlegende Rechte wie Informationsrechte, das Recht auf eigene kulturelle Identität, das Recht auf Bildung, das Recht auf Militärdienstverweigerung und Freiheiten unter der Garantie der Verfassung stehen. Die HDP ist eindeutig gegen ein Präsidialsystem. Im Gegensatz zu AKP und CHP ist die HDP für die Abschaffung der 10-Prozent-Hürde und für eine Änderung des Wahlsystems. Die Unabhängigkeit der Justiz ist nur für die HDP ein Thema. Die CHP möchte die Machtstellung der AKP in der Justiz zurückdrängen, bietet selbst aber keine Lösungen an.

## **ÖKONOMISCHE UND SOZIALE RECHTE**

Bei der AKP gibt es kein Anzeichen für eine Änderung ihrer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es gibt einige Versprechungen wie die Erhöhung des Mindestlohns. Trotz dieses Versprechens bliebe dieser aber ohnehin unter der Armutsgrenze. In der Wahlerklärung gibt es keine Vorschläge für den Abbau der

Arbeitslosigkeit, mehr Arbeitsschutz oder für eine gerechte Rentenpolitik. Im Unterschied zu dieser AKP-Politik möchte die CHP doch die sozio-ökonomischen Probleme des Landes lösen, verrät aber nicht, mit welchen Konzepten und konkreten Projekten sie dies tun wird, außer dass sie eine Steuerentlastung für den Mindestlohn schaffen möchte. Dabei kritisiert die CHP die neoliberale Regierungspolitik nicht.

Demgegenüber schlägt die HDP solche Konzepte vor, die wenigstens eine Perspektive für einige Menschen anbieten. Bei den Konzepten der HDP wird der Staat stärker in die Pflicht genommen, öffentliche Investitionen werden gefördert, Privatisierung gestoppt, durch eine Steuerreform Steuergerechtigkeit geschaffen, Gewerkschaften werden gestärkt.

## **DEMOKRATISCHE AUTONOMIE – KOMMUNALE VERWALTUNGEN**

Unter diesem Aspekt diskutieren alle drei Parteien, wie das Verhältnis von zentralistischem Staat und kommunaler Verwaltung ausgestaltet werden soll.

AKP und CHP wollen den zentralistischen Staatsaufbau beibehalten: die AKP mit mehr Kompetenzen für den Zentralstaat, bei der CHP unter Hinzuziehung partizipativer Elemente, die Beteiligung an Entscheidungsprozessen in der Kommune ermöglichen. Die CHP möchte also mit kleinen Zugeständnissen die Zuständigkeit und die Verantwortung der Kommunen ausbauen.

Die HDP fordert eine demokratische Verwaltung, die ermöglicht, dass sich Kommunen selbst verwalten und über ihre Angelegenheiten selbst entscheiden: eine demokratische, pluralistische, autonome Selbstverwaltung vor Ort, die auf regionale Gegebenheiten wie Sprache, Kultur, Glaubensrichtungen und andere Bedürfnisse achtet und höchstmögliche Partizipation ermöglicht.

## **AUßENPOLITIK, FRIEDEN IN DER REGION, EU**

In Bezug auf die Kriegszustände in der Region fordert die HDP zivile, demokratische Konfliktlösungen und gute nachbarschaftliche Beziehungen. Sie möchte unter dem Aspekt von Demokratie und Menschenrechten eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei erreichen. Sie fordert für die Kriegsflüchtlinge aus Syrien eine menschenwürdige Behandlung in der Türkei. Sie fordert eine entschiedene Haltung gegen Rassismus, Antisemitismus, Menschenhandel sowie eine humanitäre Migrationspolitik.

Unter der Überschrift «Ein visionäres und wegbereitendes Land» erläutert die AKP ihre Außenpolitik nicht nur als diplomatisches Feld, sondern als strategisches. Die Bemühungen für die Vollmitgliedschaft der Türkei in die EU möchte die AKP vorantreiben, wobei diese Mitgliedschaft nicht als einzige Möglichkeit für die Türkei betrachtet wird. Die AKP möchte, dass die Türkei ihre nachbarschaftlichen Beziehungen als Regionalmacht pflegt und dabei die entscheidende Kraft bleibt.

Die CHP möchte gute nachbarschaftliche Beziehungen auf der Ebene der Gleichberechtigung erweitern. Sie möchte ihre Außenpolitik mit regionaler und internationaler Zusammenarbeit gestalten und den Prozess für die Vollmitgliedschaft der Türkei in die EU erfolgreich abschließen. Bei der AKP und der CHP werden Themen wie Flüchtlings- und Migrationspolitik nicht als eigene Themenbereiche behandelt.

## **PROGNOSEN UND ALLGEMEINE TRENDS**

Nach den bisherigen Umfragen ist noch nicht abzusehen, ob die HDP die 10-Prozent-Hürde schaffen wird. Die Schätzungen zeigen: Die AKP erreicht zwischen 38 bis 43 Prozent; die CHP 26–28 Prozent; die HDP liegt zwischen 9,6 und 12 Prozent. Nach den Umfragen lehnt die Mehrheit der Bevölkerung ein Präsidialsystem ab und glaubt, dass in hohem Maß Korruption auf staatlicher Ebene existiert. Der Staatspräsident mische sich in die Angelegenheiten der Justiz ein.

Bei diesen Wahlen versucht die AKP, ihren 50-prozentigen Rückhalt aufrechtzuerhalten. Ihre Bemühungen beruhen auf marktwirtschaftlichen Entwicklungsmodellen, der Privatisierungs- und Profitpolitik. Sie rechnet damit, dass sie eine konservative, nationalistische, sunnitische Mehrheit hinter sich hat, die trotz der langen eigenen Regierungszeit als Opfer der laizistischen Staatspolitik dargestellt wird. Kritiken der Opposition stellt die AKP als Angriff auf die Stabilitätspolitik der Regierung dar. Als Regierungspartei kämpfe sie gegen

«innere» wie auch «äußere Feinde». Sicherheitspolitik ist gegenüber der Demokratie prioritär.

In der Wahlerklärung der HDP gibt es einige Mängel. Aber sie hat bereits jetzt eine Diskussion über ein sozialistisches Programm verursacht. Die Erklärung der HDP bringt eine politische Plattform für die Entwicklung einer sozialistischen Politik hervor. In ihr kommen zum ersten Mal die Forderungen von Menschen mit unterschiedlicher Kultur, Religion, Ethnie, sexueller Orientierung und die Forderungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Schichten in dieser Deutlichkeit zum Ausdruck. Die HDP versucht, die Kräfte zu bündeln, die sowohl in der Türkei als auch in der Region und auf der Welt den Frieden verlangen. Mit dieser Haltung repräsentiert die HDP die gesamtgesellschaftliche, demokratische und emanzipatorische Kraft in der Türkei.

Für die linken Kräfte außerhalb der HDP sind diese Wahlen ein Prüfstein. Sie müssen eine Position beziehen, die über die bloße Anti-AKP-Haltung hinausgehend dazu dient, dass in der Türkei der Demokratisierungs- und Friedensprozess mit den demokratischen Forderungen der kurdischen Bewegung vorangetrieben wird. In Bezug auf mögliche Regierungskoalitionen nach den Wahlen trägt nicht nur die HDP, sondern genauso die CHP eine große Verantwortung für die Türkei.

*Kadriye Karcı ist Leiterin des İstanbuler Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung (im Aufbau).*